

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

63. Sitzung vom 21. Juni.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Fürst Bismarck, Herzog von Pommern-Stettin und Andere.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betr. die Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen bremischen Gebietstheilen.

Auf der Tages-Ordnung steht zunächst die zweite Verathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens.

Nach § 1 können dem in Straßburg residirenden Statthalter landesherrliche Befugnisse, die dem Kaiser zustehen, durch kaiserl. Verordnung übertragen werden.

Abg. Simonis spricht sich gegen den § 1 und gegen das ganze Gesetz aus, schließt aber dabei so sehr in allgemeine Erörterungen ab, daß er mehrmals vom Präsidenten zur Sache gerufen wird. Das Gesetz äußert an dem bisherigen Bestande nichts weiter, als daß die Regierung ihren Sitz von Berlin nach Straßburg verlegt. Eine Selbstverwaltung des Landes werde nicht eingerichtet, der Statthalter stehe ganz isolirt, ohne Zusammenhang mit dem Lande, weil die Bureaufkratie nach wie vor allein die Herrschaft haben werde. Nur von der Bureaufkratie oder einer Partei, welcher diese geneigt sei, könne der Statthalter über die Lage des Landes berichtet werden, und die Beamten im Lande hätten alle Ursache, die Lage des Landes unrichtig zu schildern. Allerdings sei die Aufgabe des Statthalters eine große und bedeutende, aber seine Stellung sei nicht danach eingerichtet, diese Aufgabe zu erfüllen. Wollte man dem Lande eine wirklich nützliche Verfassung geben, dann sollte man die ganzen Bureaus beseitigen, weil sonst der Statthalter nur decoratives Beiwerk in der ganzen Sache sein würde.

§ 1 wird ohne Aenderung angenommen.

Nach § 2 sollen dem Statthalter die Befugnisse des Reichskanzlers, sowie die dem Oberpräsidenten in dem bekannten Dictaturparagraphen übertragenen außerordentlichen Gewalten übergeben werden.

Abg. Cablé beantragt diesen Dictaturparagraphen gänzlich zu beseitigen. Wenn der Paragraph noch fortbestehe, so könne man das im Titel stehende Wort „Verfassung“ nur als eine Hyperbel bezeichnen. Es sei schon ungewöhnlich, daß man zu einem solchen Gesetze, welches die Verwaltung eines Landes organisiere, welches auch dem Lande bedeutende Lasten auferlege, nicht einmal die Zustimmung des Landes eingeholt habe. Wenn man die Beteiligung des Landes an der Verwaltung nicht wolle, so hätte man ja einfach ein collegiales Ministerium bilden können; denn da allem Anschein nach der Staatssecretär doch den Hauptfactor bilden solle, so sei es gar nicht notwendig, über denselben noch eine Spitze einzurichten, die landesherrliche Befugnisse habe. Die Gewalt, die durch den Dictaturparagraphen dem Oberpräsidenten gegeben werde, sei gleichbedeutend mit dem Recht, nach Belieben den Belagerungszustand zu verhängen; dieses Recht stehe demselben nach dem Art. 68 der Verfassung bei Bedrohung der öffentlichen Sicherheit zu. Wollte man dem Statthalter solche Macht geben, so könnte ihn das leicht zur Willkür verleiten und jeder Kreisdirector, jeder Polizeistand, jeder Polizeibeamte, der dem Dictaturparagraphen Theil zu haben. Das Bestehen dieser außerordentlichen Gewalt habe das Aufkommen einer oppositionellen Presse verhindert, die derartige Uebergriffe gehörig ins Licht stellen könnte; denn es sei allen der Regierung mißliebigen Parteien nicht gestattet, ein Organ herauszugeben; gegen alle Angriffe der Opposition sei es ihnen unmöglich, sich zu rechtfertigen. Man sollte ihnen doch erst einmal Pressfreiheit geben, um zu sehen, ob sie wirklich so gefährlich für die öffentliche Sicherheit seien. Die Elsaß-Lothringer könnten ihre nationalen Gefühle nicht von einem Tag zum andern ändern; aber Gefühle könne man aber auch nicht mit solchen Paragraphen herrschen. Die Elsaß-Lothringer seien ein ruhiges fleißiges Volk, welches sich nie gegen die Gesetze aufgelegt habe; man sollte deshalb die Gefühle, die ihm heilig seien, ehren und darauf vertrauen, daß die Ruhe in Zukunft eben so wenig gestört werde, als bisher.

Unterstaatssecretär Herzog: Bei den eigenthümlichen Verhältnissen der Reichslande ist es mehr als sonst irgendwo notwendig, jeder Gefahr schon im Entstehen entgegenzutreten. Es wäre ja möglich, daß man bei drohender Gefahr den Belagerungszustand nach Art. 68 der Reichsverfassung verhängt; allein ich denke doch, es ist die Form des Dictatur-Paragraphen eine mildere; denn bei dem Belagerungszustand würde alle Gewalt an die Militärbehörde übergehen, während so die Civilbehörden ruhig ihre Thätigkeit fortsetzen. Das Land hat sich allerdings bisher immer ruhig verhalten, aber damit ist noch keine Garantie für die Dauer dieses Zustandes gegeben, denn man könne doch auch sagen, daß die Ordnung nur aufrecht erhalten sei, weil eine starke, mit der Dictatur ausgerüstete Hand im Lande vorhanden war. Wie trügerisch aber die Hoffnung auf einen ruhigen Zustand sein kann, beweist wohl am besten die Erinnerung daran, mit welchem Interesse die französische Presse die Ereignisse in Elsaß-Lothringen begleitet; gegenüber solchen Zuständen ist es notwendig, daß die Regierung die Mittel nicht entbehrt, um einen Brand im Glommen zu ersticken. Wenn ferner ein Candidat der Protestpartei bei den Wahlen in seinem Programm auspricht: er habe den Protest gegen die Annexion unterzeichnet und habe heute noch dieselben Gefühle wie damals, so muß die Regierung außerordentliche Gewalt haben; mindestens muß doch die Regierung verlangen, daß die Bevölkerung der Reichslande sich auf den Boden des Frankfurter Friedens stellt und anerkennt, daß das Band, welches sie an Deutschland bindet, unlösbar sei. Gegen die Vereinigung darf nicht in der Weise agitiert werden, wie dies in den Wahlprogrammen geschehen ist. Der Regierung wäre es sehr angenehm, wenn der Dictatur-Paragraph gar nicht angewendet würde; wenn das eintritt, was ich vorher als das Mindeste bezeichnet habe, was die Regierung fordern muß, so wird der Paragraph von selbst obsolet sein; aber ehe dies nicht eingetreten ist, kann der Paragraph nicht entbehrt werden. Die außerordentlichen Gewalten sollen nicht dem Staatssecretär übertragen werden, auf den sonst die Befugnisse des Oberpräsidenten übergehen, sondern eben in Anbetracht der Ungewissheit derselben auf den Statthalter. Ich bitte Sie, den § 2 unverändert anzunehmen.

Abg. Hoffmann erklärt, daß die Fortschrittspartei für die Aufhebung der Dictatur stimmen werde; sie behalte sich aber vor, erst in dritter Lesung zu dem ganzen Gesetze Stellung zu nehmen.

Abg. v. Puttkamer (Sövenberg) glaubt daraus folgern zu dürfen, daß die Fortschrittspartei nicht gegen das ganze Gesetz stimmen werde, wenn der Antrag Cablé abgelehnt sei; denn es handle sich nur darum, für die Verfassung der Reichslande erst einen gemeinschaftlichen Boden zu gewinnen, von dem aus die Sache sich weiter entwickeln könne. Hätte wenigstens der Abg. Cablé gesagt, daß sich die Protestpartei den Thatfachen accommodire und den Frankfurter Frieden anerkenne, so hätte er den Willen des Hauses gehabt; allein die Anträge zeigen, daß er und seine Freunde, wenn nicht das Gesetz zu Falle bringen wollen, doch wenig Werth auf dasselbe legen. Die Regierung sei den auf dem Boden des Frankfurter Friedens stehenden Abgeordneten entgegen gekommen, man könne ihr doch nicht zumuthen, daß sie nun sich noch entzweiten lassen solle, indem sie den Dictaturparagraphen fallen lasse. Allerdings habe Herr Cablé mit Ruhe und Mäßigung gesprochen, allein es sei bekannt, wie die Protestler sich die Sache vorstellen; einer derselben habe bei seinem Eintritt in den Reichstag den Eid geschworen, in welchem er Treue dem Kaiser und Gehorsam dem Gesetze verspreche; hinterher habe er aber in den Zeitungen mitgeteilt, wie er denselben ausgelagt zu sehen wünsche; er erklärt, daß er seinen alten Gesinnungen treu bleibe, also die Annexion nach wie vor als eine rechtliche Gewaltthat ansehe, deren Wiederaufhebung man anstreben müsse. Daraus könne man ersehen, welchen Widerstand die Regierung im Lande trotz der scheinbaren Ruhe noch finden werde. Redner empfiehlt die unveränderte Annahme des § 2 und hofft, daß das Gesetz der Weiterentwicklung der Reichslande nützlich sein werde.

Abg. Windthorst: Das vorliegende Gesetz hat eine erfreuliche Tendenz, ich wünsche deshalb, daß es zu Stande komme. Eine commissarische Verathung desselben wäre mir lieber gewesen, weil ich es nicht für gut halte,

die Verfassung eines großen Landes ohne eine solche zu berathen. Das wäre auch nicht geschehen, wenn die Vorlage nicht erst im Juni an uns gelangt wäre. Nach diesem § 2 ist der Statthalter für Elsaß-Lothringen Reichsbeamter und dem Reichstage für seine Maßnahmen verantwortlich. Das hat der Herr Unterstaats-Secretär erklärt. Dem Landesauschuß ist er folglich nicht verantwortlich. Letzterer hat also nicht die ihm nöthige Bedeutung, und es wird daraus klar, daß die Elsaß-Lothringer eine heimische Regierung nicht haben. Das ist auch in sofern wichtig, als der Statthalter die einzelnen Acte auf Grund des § 10 ohne Controlle des Staatssecretärs, des Ministeriums und des Landes-Ausschusses von Elsaß-Lothringen vornimmt und hierin nur der Controlle des Reichstages selbst unterliegt. Es wäre weniger bedenklich, wenn der Statthalter den § 10 handhabte als Träger landesherrlicher Befugnisse, denn dann bedürfte er der Contrafignatur des Staatssecretärs und dieser wäre dem Landes-Ausschuß unauflöslich verbunden. Das läßt sich aber im Handumdrehen nicht erreichen und ich kann ihre Gefühle für ihr ehemaliges Vaterland wohl begreifen. Dem gegenüber steht die Thatfache, daß viele Kreise der Bevölkerung den Gesetzen loyal gehorchen und wenn die Stimmungen einmal einen solchen thatsächlichen Ausdruck annehmen sollten, daß daraus bei der exponirten Lage des Landes eine Gefahr entstehen könnte, so sind die dort bestehenden napoleonischen Gesetze und der Art. 68 der Reichsverfassung zur Niederhaltung solcher Ausschreitungen ausreichend. Ganz verschieden davon ist, wenn man eine ganze Bevölkerung in ihrer persönlichen Freiheit den Entscheidungen eines einzigen Mannes unterwirft.

Ein Russe erzählte mir neulich, in seinem Vaterlande seien auch unter der jetzigen Dictatur die friedlichen Bürger sicher, jedoch auch den Denunciations-mißwollen der Polizeiorgane ausgesetzt. Dasselbe bezieht der § 10 in Elsaß-Lothringen, und das ist ein unerträglicher Zustand. Ich bin deshalb außer Stande, die Reichslande unter diesem Damoclesdämon fortleben zu lassen. Der Statthalter wird in Straßburg einen viel günstigeren Boden für seine Thätigkeit finden ohne den § 10, als mit demselben. Denn auf die Dauer kann man ein Land nicht durch solche Paragraphen regieren, sondern durch geordnete Gesetze. Nun sagt allerdings der Unterstaats-Secretär Herzog, wenn wir nicht den § 10 behalten, dann geht im Falle der Anwendung des Art. 68 die ganze Regierung des Landes auf die Militärbehörden über. Wenn aber einmal solche außerordentliche Zustände eintreten, dann will ich lieber solche Befugnisse in die Hände der Militärbehörden legen, weil sie viel unbefangener sind, als die Civilbehörden, vielleicht, weil sie sich ihrer Kraft bewußt sind. Ich habe deshalb mit Genehmigung gehört, daß man die Stellung des Statthalters einem berühmten General verleihen will, der dieselbe gewiß von großartigerem Gesichtspunkt ausfaßt, weil als eine Civilperson. Auf Grund dieses § 10 ist die Presse in den Reichslanden zum großen Theil lahm gelegt und unsere im übrigen Deutschland gestattete Presse ist dort ausgeschlossen. Auch hierin wird hoffentlich der künftige Statthalter eine andere Praxis eintreten lassen, denn er gehört nicht zu den Begünstigten des Culturkampfes, der glücklicherweise an den Grenzen der Armee stillsteht. Aber ich weiß nicht, wie lange dieser General die Stelle eines Statthalters einnehmen wird und eine so lange Gewohnheit der Civilthätigkeit könnte die guten militärischen Traditionen stören. Deshalb werde ich für den Antrag Cablé stimmen, ohne damit documentieren zu wollen, daß ich das ganze Gesetz nicht will.

Nach Ablehnung des Antrags Cablé wird der § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

§ 3 bestimmt, daß an Stelle des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen in Berlin und des Oberpräsidiums in Straßburg ein Ministerium für Elsaß-Lothringen in Straßburg tritt.

Abg. Winterer befragt, daß sich die beiden neuen Gewalten der Statthalter und des Ministeriums in Straßburg ebenso wenig übertragen werden, wie bisher das Oberpräsidium in Straßburg mit dem Reichskanzleramt in Berlin.

§ 3 wird unverändert angenommen, ebenso § 4.

§ 5 lautet in der Regierungsvorlage: „Das Ministerium für Elsaß-Lothringen zerfällt in Abtheilungen. An der Spitze jeder Abtheilung steht ein Unterstaats-Secretär und unter diesem die erforderliche Zahl von Directoren, Räten und Beamten. Der dem Dienstalter nach älteste Unterstaats-Secretär hat den Staatssecretär in Befindungs-fällen zu vertreten. Das Nähere über die Organisation wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.“

Ein Antrag der Abgg. v. Puttkamer (Sövenberg), v. Kleist-Rekow und v. Schlieffmann will die Anstellung der Räte, Directoren und Beamten aus diesem Paragraphen weglassen und ebenso die Regelung der Stellvertretung des Staatssecretärs. Dagegen wollen sie bestimmen, daß der Staatssecretär die Leitung einer Abtheilung übertragen werden kann.

Abg. v. Kleist-Rekow hebt bei Motivirung seines Antrages hervor, daß es nicht gut sei, in einem Gesetze, welches die Grundlagen der Verfassung eines Landes betreffe, allzuviel Details aufzunehmen. Die Regelung derselben könne der kaiserlichen Verordnung vorbehalten bleiben. Für den Staatssecretär sei es erwünscht, daß er nicht über, sondern in der Verwaltung stehe, weil er dadurch mit den Wünschen und Bedürfnissen des Landes vertraut werde. Sein Antrag wolle auch der Regierung die Freiheit wahren, bei der Geschäftvertheilung unter den einzelnen Abtheilungen, namentlich in Betreff des Cultus- und Unterrichtswesens später von anderen, den Wünschen der Bewohner mehr entsprechenden und der Kirche gegenüber wohlwollenderen Gesichtspunkten auszugehen, als dies augenblicklich der Fall sei. Denn nur auf diesem Wege könne die Bevölkerung der Reichslande für ihr altes Vaterland wiedergewonnen werden.

Unterstaats-Secretär Herzog erklärt sich mit dem gestellten Antrage einverstanden und betont als die Absicht der Regierung, daß sie nicht gelassen sei, den Geschäftskreis der Unterstaats-Secretäre durch den Etat festzustellen.

Abg. Reichenperger (Gresfeld) erwidert dem Abg. v. Kleist-Rekow bei seinen Gesinnungsgenossen im preussischen Abgeordnetenhaus dahin zu wirken, daß in Preußen die seinen Wünschen ganz entgegengegesetzte Praxis geändert werde, welche bisher auch auf dem Gebiete des reichsständischen Schulwesens befolgt worden sei.

Abg. Windthorst erklärt, daß er nur mit Rücksicht auf die Motivirung des Antrags Puttkamer für denselben stimmen werde.

Mit demselben wird sodann der § 5 angenommen, ebenso auf den Antrag des Abg. North mit einigen aus Consequenz der früheren Beschlüsse nöthigen redactionellen Aenderungen § 6.

§ 7 handelt von den Commissarien, welche der Statthalter bei dem Bundesrath ernannt.

Abg. Hoffmann hält die dem Reichstage analoge, einem Herrenhause ähnliche Stellung des Bundesraths für keine glückliche und hofft, daß gerade die versetzte Stellung der reichsständischen Commissarien bei demselben dazu beitragen werde, dieses unerwünschte Verhältniß ganz zu beseitigen. Den reichsständischen Commissarien anstatt des consultativen ein decisives Votum zu geben, sei allerdings augenblicklich nicht angängig, weil dadurch das Stimmverhältniß im Bundesrath alterirt würde. Dagegen verdiente die ursprüngliche Absicht des Reichskanzlers, diese Commissarien anstatt vom Statthalter, vom Landesauschuß ernennen zu lassen, mehr Beachtung, wenn auch der Abg. Windthorst darin ein demokratisches Princip sehe.

Die §§ 7 und 8 werden darauf unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Nach § 9 soll zum Entwurf von Gesetzen, zum Erlass allgemeiner Verordnungen u. c. ein Staatsrath eingesetzt werden, der nach § 10 unter dem Vorsitz des Statthalters aus dem Staatssecretär, dem Unterstaats-Secretären, dem Präsidenten und dem ersten Staatsanwalt des Oberlandesgerichts, sowie aus acht vom Kaiser zu ernennenden Mitgliedern bestehen soll; von den letzten sollen drei auf Vorschlag des Landesauschusses, die übrigen fünf (davon muß ein Mitglied Richter, ein Professor in Straßburg sein) aus allerhöchstem Vertrauen berufen werden.

Abg. North beantragt, nicht acht, sondern acht bis zwölf Mitglieder durch den Kaiser, und zwar drei auf Vorschlag des Landesauschusses, er-

nennen zu lassen und die Klausel, daß unter den ernannten ein Richter und ein Straßburger Professor sein soll, fortzulassen. Außerdem sollen dem Staatsrath auch noch andere Befugnisse durch die Landesgesetzgebung übertragen werden können.

Abg. Hedmann-Stinck will dagegen neun Mitglieder durch den Kaiser, und davon fünf auf Vorschlag des Landes-Ausschusses ernennen lassen.

Nach § 11 werden die Mitglieder des kaiserlichen Rathes bis auf Weiteres in der Zahl 10 durch kaiserliche Verordnung ernannt.

Abg. North: Unser Antrag bezweckt namentlich, daß der Staatsrath die Functionen des Oberverwaltungsgerichts übernehmen könne, da wir ihm diese Befugnis nicht durch die Landesgesetzgebung beilegen können. Für die vermehrten Functionen ist aber auch eine Vermehrung der Mitgliederzahl notwendig. Da Handel und Industrie nicht vertreten sein müssen, ist es auch nicht notwendig, daß der Richter- und Professorenstand vertreten sein soll. Der Staatsrath wird dem Bundesrath gegenüber künftig die Aufgaben zu erfüllen haben, die bisher der Landesauschuß zu erfüllen hatte.

Abg. v. Puttkamer (Sövenberg) empfiehlt die Anträge des Abgeordneten North, da auch er es für zweifelhaft hält, ob durch die Landesgesetzgebung dem Staatsrath die Functionen des Oberverwaltungs- und Competenzgerichts übertragen werden können. Auch er hält eine Einschränkung des kaiserlichen Willens bezüglich der Wahl der Mitglieder für unmöglich.

Abg. Winterer: Der Staatsrath entspricht nicht, wie er sollte, dem französischen conseil d'état, dessen wesentliche Aufgabe Schutz gegen Machtübergriffe der Behörden jeder Art ist. Dieser Schutz besteht in der Möglichkeit der Vernichtung der betreffenden Beschlüsse und Verfügungen. Der Beschwerdeweg, wie er jetzt besteht, schützt uns nicht, da meist einfach auf den Bericht der Behörde, gegen welche die Beschwerde gerichtet ist, entschieden wird. Dieser Staatsrath wird es nicht besser machen, da in ihm Mitglieder der Verwaltungsbehörde die hervorragendste Stellung haben werden, also Richter in der eigenen Sache sind. Diese höchsten Beamten haben bereits zwei Gesetze eingebracht, welche im Landesauschuß gar keinen Anhang fanden, sie werden also auch als Staatsrath nicht die nöthige Einsicht in die Bedürfnisse des Landes haben.

Unterstaats-Secretär Herzog: Die Regierung ist mit den Anträgen des Abg. North einverstanden. Sie glaubt, daß im Anschluß an den Staatsrath ein Verwaltungsgerichtshof höchster Instanz einzurichten sein wird, der an die Stelle des gegenwärtigen „Kaiserlichen Rathes“ treten soll und dem die Entscheidung der Competenzconflicte zu übertragen sein wird. Obgleich die Regierung diese Institution erst ins Leben treten lassen kann, wenn der Staatsrath selbst eingerichtet und befestigt ist, ist es doch gut, schon jetzt durch das Reichsgesetz diese Entwicklung zu ermöglichen. Zur Schaffung einer Institution mit den Competenzen des französischen conseil d'état fehlt es absolut an den Elementen. Für einen wichtigen und wesentlichen Theil der Functionen des Staatsraths ist der kaiserliche Rath eingesetzt, er ist die zweite Instanz in Verwaltungsfreiheiten. Dadurch ist er aber nicht Richter in der eigenen Sache, da nicht dieselben Beamten in der zweiten Instanz entscheiden, welche die Entscheidung in erster Instanz getroffen haben. Trotzdem betrachtet die Regierung den kaiserlichen Rath nur als einen Rathgeber, und die wichtigste Aufgabe des Ministeriums in Elsaß-Lothringen wird sein, die Institution vorzubereiten, welche den kaiserlichen Rath ersetzen soll. Ich glaube schließlich, daß es besser ist, dem Kaiser in der Wahl der Mitglieder keine Schranken zu ziehen.

Abg. Windthorst: Ich freue mich, daß der kaiserliche Rath nur als eine vorübergehende Institution angesehen wird und bin mit der Tendenz der gestellten Anträge einverstanden. So große Competenzen, wie sie der französische conseil d'état hat, können dem Staatsrath nach seiner ganzen Einrichtung nicht beilegt werden. Ich hoffe, daß man aus ihm einen obersten Verwaltungsgerichtshof bilden wird. Die Stellung, welche der Oberstaatsanwalt nach den neuen Prozeßgesetzen einnimmt, befähigt ihn meines Erachtens nicht zur Mitgliedschaft des Staatsraths. Es ist gut, wenn eine möglichst große Anzahl Mitglieder des Staatsraths durch den Landesauschuß vorgeschlagen wird, damit möglichst viele Eingeborene des Landes in denselben kommen. Hoffentlich wird der Kaiser nur eingeborene Elsaß-Lothringer zu Mitgliedern des Staatsraths ernennen.

Unter Ablehnung der Anträge Hedmann-Stinck werden die §§ 9 und 10 mit den Amendements des Abg. North und § 11 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Nach § 12 sollen die Mitglieder des Landesauschusses um 24 (von 34 auf 58) vermehrt werden. Nach den §§ 13-17 werden 34 nach dem Erlass von 1874 durch die drei Bezirksstage gewählt; die Gemeinderäthe von Straßburg, Mühlhausen, Metz und Colmar wählen aus ihrer Mitte je einen Abgeordneten; die übrigen 20 werden von den 20 Landkreisen gewählt, und zwar durch Wahlmänner, welche die Gemeinderäthe aus ihrer Mitte, auf je 1000 Einwohner einen, wählen. Wählbar ist, wer das active Gemeinde-Wahlrecht besitzt. In Gemeinden, deren Gemeinderath suspendirt ist, ruht das Wahlrecht.

Die Abgg. Winterer, Jaunetz und Genossen beantragen, die Abgeordneten zum Landesauschuß sowohl in den Städten wie auf dem Lande in der Weise zu wählen, daß auf je 500 Einwohner ein Wahlmann entsfällt; außerdem sollen die Verhandlungen des Landesauschusses öffentlich; wahrheitsgetreue Berichte über dieselben sollen straflos sein, und kein Mitglied des Landesauschusses soll wegen seiner Äußerungen gerichtlich oder disciplinärlich verantwortlich gemacht werden.

Vom Abg. v. Puttkamer (Sövenberg) liegt ein Antrag auf bessere redactionelle Fassung der §§ 14 und 15 vor.

Abg. Schneegans begrüßt es mit Freuden, daß die Abgeordneten Winterer und Gen., die sich bisher immer gegen indirecte und für directe Wahlen erklärt haben, doch endlich auf denselben Weg gekommen seien; er bittet aber, ihren Antrag abzulehnen und die Vorlage anzunehmen.

Abg. Winterer spricht sich gegen die Vorlage aus, weil nach derselben für die Wahlen der Mitglieder des Landesauschusses drei verschiedene Systeme gelten würden. Besonders meint er, seien die Städte gegen das Land entschieden zurückgesetzt; zu bedauern sei ferner, daß durch die Wahlen die Politik in die Gemeinderäthe hineingetragen werde, was den Ruin dieses Instituts herbeiführen könne.

Das Haus genehmigt die §§ 13-17 mit der vom Abg. von Puttkamer vorgeschlagenen redactionellen Aenderung.

Nach § 18 müssen die auf Grund der §§ 13-17 gewählten Abgeordneten den gleichen Eid leisten wie die Mitglieder der Bezirksstage. Die Abgeordneten Bezanson u. Gen. beantragen, diese Eidesleistung nicht zu fordern.

Unterstaats-Secretär Herzog bemerkt, daß die gegenwärtigen Mitglieder des Landesauschusses als Mitglieder der Bezirksstage den Eid geleistet hätten; deshalb müsse derselbe von den neu hinzutretenden Mitgliedern ebenfalls geleistet werden. Wer den Eid nicht leisten wolle, sei überhaupt nicht geeignet, an der Gesetzgebung des Landes theilzunehmen. (Beifall.)

Das Haus genehmigt den § 18 unverändert, desgleichen ohne Debatte den Rest des Gesetzes.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Dritte Verathung des Gesetzentwurfes betr. die Verfassung von Elsaß-Lothringen; zahlreiche Rechnungsvorlagen und Postarien.)

Berlin, 21. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General der Infanterie z. D. von Colomier zu Berlin, zuletzt General-Lieutenant und Inspecteur der 4. Artillerie-Inspection, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Kreisgerichtsdirector, Geheimen Justiz-Rath von Knoblauch zu Breslau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Seminar-Director Schröter zu Angerburg und dem Appellationsgerichts-Secretär, Kanzleirath Pantell zu Breslau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Geheimen Regierungsrath Köppler zu Berlin, Vorsitzenden der Königlich Preussischen Commission IV. (Berlin-Blankenheim), den Königlich Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Regierungs- und Baurath Fröh, Mitglieder der Königlich Eisenbahn-Direction zu Saarbrücken, den Königlich

lichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Eisenbahn- und Betriebs-Inspector Altenloh zu Koblenz und dem Seminar-Lehrer Großmann zu Angerburg der Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schul- und Organisten Wesemann zu Stiepel im Landkreise Lachum den Adler der Inhaber des Königl. Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Dem Obergerichts-Rath Schliephake in Göttingen ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Kreisgerichts-Rath Neugebauer in Oslar, der Kreisgerichts-Rath Steuer in Bromberg, der Oberamtsrichter Mallum in Hanau und der Kreisrichter Diege in Schweinitz sind gestorben. — Der Oberförster Hag zu Rusa ist auf die durch die Pensionierung des Oberförsters Holz erledigte Oberförsterstelle Osche im Regierungsbezirk Marienwerder versetzt worden. Der Oberförster-Candidat Voben ist zum Oberförster ernannt und ihm die durch die Pensionierung des Oberförsters von Schumann erledigte Oberförsterstelle Grünheide im Regierungsbezirk Posen verliehen worden.

Die Central-Direction des Instituts für archäologische Correspondenz hat die Herren Dr. Johannes Schmidt aus Schmiedeburg, Dr. Karl Burghard aus Göttingen, Dr. Karl Schäfer aus Treprow a. Rega, Dr. Otto Kied aus Brandenburg a. Havel zu Stipendiaten des Instituts in der Abtheilung für klassische Archäologie; und die Herren Candidat der Theologie Heinrich Holzing aus Odenburg, Licentiat der Theologie Carl Erbes aus Traben a. Mosel zu Stipendiaten des Instituts in der Abtheilung für christliche Archäologie für das Jahr 1879 gewählt, und sind diese Wahlen seitens des auswärtigen Amtes bestätigt worden.

**Berlin, 21. Juni.** [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen heute früh den Oberst-Jägermeister Fürsten von Pleß und den Kammerherrn Grafen von Keller, welcher letztere die Ehre hatte, die Orden seines zu Potsdam verstorbenen Vaters, des Wirklichen Geheimen Raths Grafen von Keller, zurückzureichen. Außerdem nahmen Se. Majestät die Vorträge des Militär- und Civilcabinetts durch die bezüglichen Cabinets-Chefs entgegen. Nachmittags hielt der General-Postmeister in Vertretung den Vortrag des auswärtigen Amtes.

**Berlin, 22. Juni.** [Das Gütertarifwesen. — Die Elsaß-Lothringische Verfassung. — Die Grenze bei Constanz.] Aus der gestrigen Bundesrathssitzung wird noch bekannt, daß die Angelegenheit wegen der geschäftlichen Behandlung des Gefesentwurfs betreffend das Eisenbahn-Gütertarifwesen noch einmal Gegenstand der Verhandlung gewesen ist. Die Sache blieb indessen unentschieden. Baden beantragte den Entwurf zur Entscheidung über die Frage, ob eine Verfassungsänderung vorliege, nicht dem Verfassungs-Ausschuß, sondern dem eigenen Ausschuß zu überweisen, welcher mit der Vorberatung des Entwurfs betraut war. Man wird, wie gesagt, sich noch darüber schlüssig zu machen haben. Nachträglich wollen wir übrigens berichten, daß sich die Angabe über das Verhalten des Generalpostmeisters Stephan bei der ersten Berathung des Entwurfs im Bundesrath als ein Mißverständnis erweist. Der General-Postmeister gehörte allerdings zu den Vertretern Preußens, hat sich indessen an der Debatte nicht betheiligt. — Ueber die Abstimmung des Bundesrathes hinsichtlich des Gefesentwurfs, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens, am 6. d. Mts., wozu, wie seiner Zeit mitgeteilt worden, Baiern den Antrag gestellt hatte, daß ein deutscher regierender Fürst nicht zum Statthalter sollte berufen werden können, wird jetzt amtlich Folgendes bekannt. Gegen den Antrag stimmten: Königreich Sachsen, Baden, Mecklenburg-Schwerin. Der Abstimmung enthielten sich: Mecklenburg-Strelitz, Lüneburg und Hamburg. Der Antrag war demnach mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Großherzoglich badische Bevollmächtigte erklärte: Die Großherzoglich badische Regierung vermag die von Baiern vorgeschlagene Declaration weder an sich für zureichend zu erachten, noch sonst einen besonderen Grund oder Anlaß für eine solche zu ersehen. Ihrer Ansicht nach ist die Uebernahme der Functionen eines Statthalters in Elsaß-Lothringen seitens eines regierenden Bundesfürsten nicht durch den reichsländischen Charakter von Elsaß-Lothringen, sondern durch die dem Statthalter in den Paragraphen 2 und 4 des Gefes-Entwurfs mit beigelegte staatsrechtliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen. Die Großherzogliche Regierung kann hiernach dem Antrage Baierns nicht zustimmen. Der Großherzoglich badische Bevollmächtigte erklärte: die Großherzoglich badische Regierung hält es für selbstverständlich, daß ein regierender Bundesfürst die Statthalterchaft in Elsaß-Lothringen nicht würde übernehmen können, schon weil der Statthalter bezüglich der in § 2 des Gefes-Entwurfs bezeichneten Obliegenheiten die dieserhalb bis jetzt den Reichskanzler betreffende ministerielle Verantwortlichkeit zu tragen haben wird. Sie erkennt daher kein Bedürfnis einer ausdrücklichen Constatirung und wenn sie dem Antrage Baierns zustimmt, so geschieht dies lediglich, um nicht durch ein ablehnendes Votum ein Mißverständnis herbeizuführen. Der k. bayerische Bevollmächtigte erklärte sodann die Zustimmung der von ihm vertretenen Regierung zu dem vorerwähnten Gefesentwurf. — Bezüglich der Uebereinkunft zwischen Baden und der Schweiz wegen Regulirung der Grenze bei Constanz ist durch die Anträge der Bevollmächtigten von Baden und Hessen festgestellt worden, daß durch die Beschlußfassung der Entscheidung der in der Vorlage berührten staatsrechtlichen Fragen nicht vorgegriffen werde. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen und damit ein Antrag Sachsens auf Zurückweisung der Angelegenheit an die Ausschüsse zu schriftlicher Berichterstattung abgelehnt. Die Anerkennung der Uebereinkunft Badens und der Schweiz wurde gegen die Stimmen Baierns und Sachsens angenommen. — Dem Reichstage sind die Entwürfe über das Reichstagsgebäude und die Eisenbahn von Tettersheim zugegangen.

**Berlin, 22. Juni.** [Die Zusammenfassung der Generalsynode.] Ueber die Namen derjenigen 30 Mitglieder, welche vom König für die bevorstehende Generalsynode nunmehr ernannt worden sind, wird noch immer ein seltsames Schweigen beobachtet. Man erfährt bis jetzt nur von einigen wenigen Persönlichkeiten, daß sie berufen sind. Dagegen hören wir andererseits in Bezug auf die Parteistellung der Ernannten, daß sie vorwiegend der orthodoxen und namentlich der Richtung der sogenannten positiven Union angehören, obwohl auch die confessionelle und die früher eigentliche gouvernementale Mittelpartei nicht unberücksichtigt geblieben sein sollen. Die orthodoxe Reactionspartei, zu der sich die positiven Unionisten und die Confessionellen schon seit längerer Zeit verbunden haben, wird sonach in derjenigen Majorität noch verstärkt erscheinen, welche sie schon durch die Wahlen der Provinzialsynoden sicher hatte, selbst wenn die königlichen Ernennungen anders ausgefallen wären, als es geschehen ist. Die frühere kirchliche Regierung, d. h. Mittelpartei, welche auf der außerordentlichen Generalsynode noch das Terrain beherrschte, ist vollständig zurückgedrängt und kann einen maßgebenden Einfluß, wie damals, demnach nicht mehr ausüben. Die Zahl ihrer Mitglieder wird sich kaum auf ein Drittel der Synodalen belaufen. Noch trauriger sieht es um die Linke aus, die den anderen Parteien gegenüber fast verschwindet, da nur die ost- und westpreussische Provinzialsynode einige wenige, nämlich 9 Männer dieser Richtung gewählte, in allen anderen Provinzen man solche aber grundfähig ausgeschlossen hat. Die Physiognomie dieser Generalsynode kann man sich deutlich vorstellen.

[Die constitutionellen Garantien.] Die Verhandlungen hinter den parlamentarischen Coulissen über die Frage der constitution-

ellen Garantien und der Finanzzölle werden fortgeführt. Man will wissen, daß der Reichskanzler am Freitag eine längere Conferenz mit dem Abg. von Bennigsen gehabt habe und es das hinsichtlich der constitutionellen Garantien zu einer Verständigung gekommen sei. Am Sonnabend conferirte der Reichskanzler während der Reichstagsitzung mit dem Abg. von Bötticher, dem bekannten Mitgliede der Tarifcom-mission, dessen Berufung als Unterstaatssecretär für das Reichsfinanzamt jetzt als sicher angenommen wird. Im Reichstage verbreitete sich schnell das Gerücht, daß Windthorst, der eine Stunde lang im Sitzungssaale nicht sichtbar war, zum Fürsten Bismarck gerufen worden sei. So-gleich circulirten allerlei Nachrichten über neue Verhandlungen mit dem Centrum. Es stellte sich jedoch heraus, daß Windthorst in einem der Abtheilungszimmer mit einem Commissar des preussischen Finanz-ministers wegen der Auszahlung der Wittwenpension an die Erbprinigin Marie von Hannover eine Unterredung hatte. Was den Welfenfonds im Allgemeinen anlangt, so verlautet, daß die preussische Regierung, vorbehaltlich der Zahlung der alljährlichen Pension an die Königin von Hannover und die hannoverschen Prinzen, den Rest des Welfenfonds in das Staatsvermögen überzuführen gewillt sei, so daß der Herzog von Cumberland, der keine Miene macht, seinen Ansprüchen auf den hannoverschen Thron zu entsagen, ganz leer ausgehen dürfte. (Deutsches Montagsbl.)

[Haftbefehl gegen den Reichstagsabgeordneten Mar Kayser.] Beim hiesigen K. Stadtgericht ist die Personalhaft gegen den Reichstags-Abgeordneten Mar Kayser, Actenzeichen 82. K. 1164. 1879 und zwar wegen vermeintlicher Ableistung des Manifestationsseides beantragt und gegen Kosten-vorschuß von 9 M. dem Kläger, einem hiesigen Schneidermeister B., zu-gestanden worden. K. bestellte vor seinem Scheiden von Berlin im Jahre 1874 bei gedachtem Schneidermeister einen neuen Anzug. Herr K. probirte den Anzug, fand Alles sehr gut findend, aber erklärte den Anzug erst nach 3 Wochen von Mainz aus, wohin er gehe, bezahlen zu können. — Der vorrichtige Schneider fand aber den Anzug gar nicht passend und der Herr Kayser mußte denselben wieder ausziehen, behufs „Abänderungen.“ — Der Schneider erklärte alsdann den Anzug, erclufide der Weste, Werth 8 Mark, die er K. aus — Schonung belies, gegen baare Einzahlung des Betrages dafür nachgeben zu wollen. — Von Mainz aus kam nach wenigen Tagen die schriftliche Mittheilung des Herrn K., daß er sich in Mainz „anderweitig“ equipirt habe und auf B's Anzug nunmehr verzichte. — Für B. war K. seit dieser Zeit verschwunden. — Endlich las derselbe in der Zeitung, K. säße wegen politischer Vergehen in Dresden, nunmehr lagte B. auf den Betrag der Weste mit 8 Mark nach dort, worauf der jetzige Herr Reichstagsabgeordnete folgende Einwendung machte: „Vom Gefängnis aus könne er sich nicht auf die Lage einlassen, da er keine „Bücher“ nicht dabei und erst sehen müsse, ob auch die „Kieserzeit“ stünne.“ — Kurz, K. zahlte nicht und wurde von B. nunmehr bei seinem Eintreffen in Berlin verlaßt und in Höhe der Summe von 8 Mark und Kosten, die sich jetzt bereits auf 7 M. 5 Pf. belaufen, verurtheilt. — Die Execution fiel nach dem Bericht des Executors, gegen den Reichstagsabgeordneten K., welcher Melchiorstraße Nr. 29, 4 Treppen wohnt, fruchtlos aus. — Den Termin zum Manifestations-seide ließ K. unbeachtet und hat der Kläger sich nunmehr genöthigt gesehen, die Personalhaft gegen K. zu beantragen, aber auch das Präsidium des Deutschen Reichstages zu eruchen, die Verhaftung, wenn möglich, selbst im Gebäude des Reichstages, ercl. Sitzungssaal und Rathungszimmer der Commissionen vornehmen zu dürfen, da K. in seiner Schlafstelle sehr unsicher anzutreffen ist.

## De s t e r r e i c h.

**Wien, 20. Juni.** [Zur Wahl-Agitation.] Multa, non multum! das ist die richtige Devise für unsere ungemein wort-reiche, aber beispieslos ideenarme, in der allerschlimmsten Bedeutung des Ausdrucks, gedankenlose Wahlbewegung. Was man nun die wirt-schaftliche oder die eigentlich politische Situation als zunächst maßgebend ins Auge fassen: immer bildet doch die Occupationsfrage das dominirende Moment, weil mit ihr sowohl die Möglichkeit einer Verringerung des Heeresaufwandes, als auch das staatsrechtliche Problem in innigstem, unauslösligen Zusammenhange steht. Was soll man sich nun also dabei denken, daß selbst die Creme aller Wähler in der inneren Stadt Wiens péle-mêle durcheinander und nebeneinander die strammsten Gegner der Orientpolitik Andrássy's wie Kuranda, und der Justiz-minister Glafer candidirt? Durchaus nicht etwa im Wege des Com-promisses, davon ist in diesem Falle gar keine Rede — bewahre, die Herren sind es einmal so gewohnt von der Zeit her, da beide Männer noch an Einem Strande, dem der Verfassungspartei, zogen, ehe es eine Orientfrage in dem gegenwärtigen acuten Sinne für Oesterreich gab! Ein anderer Fall! In Baden candidirt Dumba, ebenfalls einer unserer intelligentesten Abgeordneten, um seinen alten, an-gestammten Reichstagsstich. Auch für ihn ist natürlich, wie für jeden, der unabhängig und kein Streber von der „bösnischen Linken“ ist, die Beschränkung der Occupation und die dadurch allein zu er-möglichende Effectuirung einer Reduction des Armeebudgets die Haupt-sache. Ueberdies gefiehet er verbo tenus zu, daß auf diesem Gebiete ohne Abänderung des Delegationsystems gar nichts auszurichten sei. Wo bleibt nun die Logik, wenn der Redner trotzdem am Schlusse seines Vortrages die Wähler aufforderte, sich nicht durch den Ruf nach Revision der Delegations-Gesetze täuschen zu lassen, sonst würden sie es wieder erleben müssen, daß durch staatsrechtliche Razbalegerien die nothwendigen wirtschaftlichen Re-formen in den Hintergrund gedrängt wurden? Wie kommen wir denn da aus dem circulus vitiosus heraus, wenn ohne eine Abende-rung der Orientpolitik und ohne Armeeverabsetzung keine materielle Besserung, ein Umschwung in der Occupation aber nicht ohne Reform des Delegations-Systemes möglich, die letztere aber vom Uebel ist, weil das Derschen leeren staatsrechtlichen Strohes der Todfeind öko-nomischen Aufschwunges ist? Cum grano salis hat ja Waltherkirchen ganz Recht, wenn er seinen feierlichen Wählern in Aufsee gestern erklärte: „entweder ist das Programm der 112 Occupationsgegner eitel Phrasenmacheret; oder sie müssen ein gutes Theil des Grazer Fortschrittsprogramms acceptiren, um die Mittel und Werkzeuge zur Durchführung ihres eigenen zu erlangen. Die Grazer fehlten nur, wie sie heute selbst schon einsehen, indem sie zu weit ausgriffen, viel weiter und dringender noch als die Nieder-Oesterreicher in St. Pölten: unsere Delegation darf nicht föderalistisch bleiben; das Reisen aber gegen den Großgrundbesitz ist noch mehr vom Uebel, als das kopflose Anstürmen gegen jenen Theil des Ausgleiches, zu deren Abänderung wir der Zustimmung Ungarns bedürfen! Ein eigenthümliches Wort, das wohl so manche Betrachter herausfordert, sprach Steine: „die Occupation hat unser öffentliches Leben in dem Maße verpestet, daß man nur noch widerwillig daran theilnehmen kann!“ Schutzölle und Monopolpreise rechnet dieser Großindustrielle natürlich nicht dahin, obgleich er immerfort klagt, daß „alle Welt vom Staate leben will“, so oft es sich um Eisenbahn-Sanirungen handelt. In Böhmen endlich tritt mehr und mehr Schmeckal, der bisher nur auf dem Prager Landtage wirkte, an Herbst's Stelle, der wohl wieder Führer der Opposition, aber kaum mehr der Deutsch-Böhmen im Reichstage sein wird.

## S c h w e i z.

**Zürich, 19. Juni.** [Aus dem Nationalrathe. — Zoll-erhöhungen. — Aus dem Ständerathe. — Bewilligung der Nachtragscredite. — Begnadigung. — de Brouse. — Dr. Wiede. — Mermillob. — Das sogenannte Bis-thum Tessin. — Bedrückung der liberalen Presse in Tessin.] Der Nationalrath setzte die Berathung über das Eintreten auf die

Zollerhöhungen fort. Dieselben wurden mehrfach angefochten und statt ihrer Erparungen, besonders beim Militär, anempfohlen. Be-sonders schneidig ließ sich Planta aus: wir dürften uns nicht selbst durch hohe Zölle das Leben vertheuern, wenn wir concurrenzfähig bleiben wollten. Durch die schärfere Heranziehung von Tabak und Branntwein würde die Zunahme des Tabakbaus, also die Auszehrung des Bodens befrö-vert, ferner die Ausdehnung der unglückseligen Branntweinbrennerei. Lieber wäre ihm noch das Monopol beider Artikel! Bundespräsident Hammer wollte auf dem Petroleum, Kaffee, Thee und den Gewürzen nicht bestehen. Jedenfalls aber bedürfen wir neuer Einnahmen, weil der Tilgungsfonds der Anleihen fast erschöpft sei und noch andere nothwendige Ausgaben bevorständen. Ryniker stimmte den Sparern bei, nur die Militärorganisation solle man aus dem Spiele lassen; die Verlotterung der Wehrkraft habe einst der alten Eidgenossenschaft den Untergang gebracht und würde auch uns gefährlich werden. Man solle der Bundeskasse durch Ausgabe unverzinslicher Kassenscheine auf-helfen. Sulzer beantragte Rückweisung der ganzen Vorlage an den Bundesrath in dem Sinne, daß nicht bloß Zollerhöhung, sondern eine Extrabefreiung des Tabaks und Spiritus erzielt werde. Prof. Vogt möchte durch Nichtintreten den Bundesrath zwingen, militärische u. a. Erparnisse durchzuführen. Man wolle der schlechten Zeitlage dadurch abhelfen, daß man dem Volke noch 2 Mille aus der Tasche nehme. Aber sobald „das Geld wieder in der Bundeskasse klingen würde, spränge der Bundesrath aus dem Fegfeuer der Erparnisse heraus“ und der „Militärmoloch“ fräse noch mehr. Nach Verwerfung des Antrags Sulzer wurde das Eintreten beschloffen. Man genehmigte sodann die höheren Zölle auf Tabakartikel von 25 bis 100 Fr. für den Kilo; Rauch- und Schnupftabak z. B. sollen 50 Fr. (statt 15), Cigarren und Cigarretten 100 Fr. (statt 80) zahlen; der Bundesrath hatte sich mit 80 begnügen wollen. Sprecher's gutes geflügeltes Wort: „der Tabak ist der Luxus des Armen“, wollen wir nicht unerwähnt lassen. Es wurde sodann sehr breitspurig über die Frage hin und her gesprochen, diese erhöhten Zölle für dringlich erklärt und schon vom 1. Juli an erhoben werden sollten. Durch solche vom Bundesrath und der Commission befristete Dringlichkeitserklärung (weil sonst der Bedarf auf lange Zeit gedeckt und die Bundeskasse geschädigt würde) wäre der Volksabstimmung ein Bein gestellt. Nichtig wurde die Dringlichkeit mit 67 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Im Weiteren wurde dann die Zollerhöhung für Branntwein, Spirit und andere Spirituosen von 7 auf 20 Fr. für 100 Kilo genehmigt. Es folgte eine weitläufige Debatte über zwei Postulate, welche in dem Beschluß auslief, daß der Bundesrath Vorlagen zu machen habe 1) über Rückfälle auf den durch die Zollerhöhung betroffenen Schweizerischen Fabrikaten, 2) über Verwendung der höheren Zolleinnahme zu den laufenden Bedürfnissen, besonders aber zur Tilgung und Umwandlung der Anleihen. Endlich wurden die Beschlüsse über Zollerhöhung mit 49 gegen 26 Stimmen (bei Fehlen von 60 Mitgliedern) genehmigt. — Die Nachtragscredite in Höhe von 312,829 Fr., größtentheils vom nicht bürgerlichen Eltern abstammend, wurden vom Ständerath, ohne ein Wort zu verlieren, bewilligt, ebenso vom Nationalrath, jedoch mit der Weisung, diesen Artikel möglichst gänzlich zu streichen. — Die Bundesversammlung (vereinigte Rätthe) begnadigte auf Gesuch zweier Luzerner Unteroffiziere, welche vor einem Jahre wegen Diebstahls kriegsgerichtlich zu 1 1/2 und 2 Jahren Zuchthaus, Degradation, 6jähriger Einstellung im Activbürgerrecht u. verurtheilt waren. Dr. Brouse wird dieser Tage seine drei Monate abgeessen haben; der Bundesrath läßt ihn nach der österreichischen Grenze schaffen. — Der Socialist Dr. Wiede, welcher in Mailand verhaftet wurde, war von einem fran-zösischen Communearden, Cyrille, gegen baar Geld fälschlich angegeben worden, als ob er Absichten auf das Leben des Königs von Italien hätte. Mermillob, welchen der Papst zu einem höheren Amte (aber nicht zum Cardinalsstuhle) befördern wollte, hat vorgezogen, sich an der französischen Grenze noch weiter als „Bischof von Genf“ aufzuspielen. — Ein eigenes Bisthum Tessin schwebt noch in weitem Felde; die ultramon-tane Regierung fürchtet sich vor dem Kostenpunkt und zieht es vor, daß der Erzbischof von Mailand und der Bischof vom Como heimlich dem Bundesverbot entgegen, im Canton als Päpste schalten und walten. Die Tessiner liberale Presse wird förmlich geschuppt und mit Dußenden von Pressprozeß erdrückt. Eine Anzahl Blätter hat sich mit Beschwerden an das Bundesgericht und die Bundesversammlung gewandt; diese scheinen aber die Sache auf die lange Bank zu schieben, da ihnen die ewigen Quängeleien zwischen den Fratelli ticinesi über den Kopf wachsen. Früher siedelten italienische Blätter in die freie Luft des tessinischen Bodens über; jetzt denken tessinische Blätter schon daran, sich auf italienischen Boden in Sicherheit zu bringen.

## F r a n k r e i c h.

**Paris, 19. Juni.** [Der Congreß.] Frankreich hat heute, für einen oder zwei Tage, wieder eine souveräne Nationalversammlung; doch unterscheidet sich dieselbe wesentlich von derjenigen, welche nach dem Ausbruche Beale's „an einem Unglückstage gewählt worden.“ Die Republikaner, die sechs Jahre hindurch gegen eine feindselige Majorität anzukämpfen hatten, sind heute die Herren der Situation. Die Vereinigung des Congresses, deren Resultat im Voraus mit Be-stimmtheit vorherzusehen, kann denn auch für eine bloße Formalität gelten. Ob die Verhandlungen heute Abend beendet sind, oder ob sie noch den morgigen Tag in Anspruch nehmen, gleichviel, man weiß, daß sie mit der Abschaffung des Artikels 9 enden werden. Die Stadt Versailles hat ihre Rolle als constitutionelle Hauptstadt Frank-reichs ausgespielt. Bis zu dieser Stunde ist das gestern festgesetzte Programm genau innegehalten worden. Der Saal der Deputirten-kammer mit Hinwegräumung einiger Scheidewände und Vorhänge und Hinzufügung mehrerer Reihen von Bänken und Pulten in der Congreßsaal verwandelt, war um 10 Uhr Vormittags gefüllt. Die Scheidung der Deputirten und Senatoren war keineswegs strenge durchgeführt; viele Deputirte namentlich der Linken hatten ihre Sitze den Senatoren ihrer Partei abgetreten. Unnötig zu sagen, daß sich in den Zuschauertribünen kein freies Plätzen entdecken ließ. Kurz nach 10 Uhr erschien der Senatspräsident Martel, umgeben von den Mitgliedern des Senatsbureaus, alle im Frack mit weißer Halsbinde. Auf ihrem Wege vom Cabinet Martels an bis zum Sitzungssaal hatten die Truppen unter dem Befehl des Obersten Nien eine Hecke gebildet. Martel eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr und ertheilte dem Justizminister Le Royer das Wort, welcher dem Antrag auf Abschaffung des Artikels 9 der Verfassung, von kurzzeit Motiven begleitet, einbrachte. Abdann erhob der Präsident die Frage, wie man zur Prüfung dieses Verfassungsgesetzentwurfs schreiten wolle. Fresneau von der Rechten verlangte eine vorläufige Berathung in den Bureaux; Tesselin dagegen beantragte im Namen der Linken, daß man in den 15 Bureaux mittelst Listen-scrutinium eine Commission von 15 Mitgliedern beauftragte Prüfung des Gesetzentwurfs ernenne. Dieser Antrag wurde nach einigen Hin- und Herreden mit großer Mehrheit angenommen und hierauf schritt man zur Auslösung in die Bureaux. Dieselbe war ein wenig vor Mittag beendet; der Zufall fügte es so, daß in sämtlichen Bureaux die Mehrheit der Linken verblieb. Sie zählt im Ganzen 564 Mitglieder im Congreß, die Rechte nur 267. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben; man

legte die Wahl der Commission in den Abtheilungen auf 2 Uhr fest und den Wiederbeginn der öffentlichen Sitzung auf 3 1/2 Uhr. Die Commissionwahl ist sehr schnell von Statten gegangen. Die Rechte war in allen Bureau zu vollkommener Ohnmacht verdammt; die Fractionen der Linken hatten gestern Abend schon eine Candidatenliste vorbereitet, an welche sich alle Republikaner hielten. In mehreren Abtheilungen versuchten zwar die Monarchisten und Bonapartisten Einwendungen zu erheben, aber sie wurden überall durch die Aufstellung der Vorfrage zum Schweigen gebracht. Nur im 13. Bureau ließ man eine kurze Discussion zu. Begreiflicherweise war die Rechte sehr aufgebracht; sie beklagte sich über systematische Unterdrückung der Minderheit und drohte in der öffentlichen Verhandlung einen Zwischenfall dieserhalb herbeizuführen. In ihren Versammlungen vom gestrigen Abend waren jedoch die monarchistischen Fractionen übereingekommen, sich vor lärmenden Ausfritten zu hüten, und so werden sie wahrscheinlich ihre Beschwerden in einem gemäßigten Tone vortragen. Paul de Cassagnac kam erst nach der Commissionwahl in Versailles an. Er erklärte in den Couloirs mit lauter Stimme, er werde nur dann das Wort ergreifen, wenn man ihn oder seine Partei insultire; im Uebrigen könne er nicht gegen den Regierungsantrag sprechen, da er selber die Rückkehr der Kammern nach Paris für wünschenswerth halte. Um 3 1/2 Uhr schon wurde bekannt, daß die Wahl der Commission ganz nach der oben erwähnten Liste erfolgt sei. Der Wiederbeginn der öffentlichen Sitzung verzögerte sich ein wenig. Es hieß, Gambetta solle zum Präsidenten und Berichterstatter der Commission ernannt werden, er weigerte sich aber, die letztere Rolle zu übernehmen. In der Rechten machte man Anstrengungen, Buffet und die Broglie zur Bekämpfung des Regierungsantrags zu bewegen. Buffet erhob Schwierigkeiten; falls mehrere Redner der Rechten aufträten, hieß es, werde ein Minister und Gambetta antworten.

Paris, 20. Juni. [Der Schluß des Congresses.] Die große Revue im Bois de Boulogne. — Bericht des Kriegsministers. Der Congress, gestern Vormittag eröffnet, ist bereits gestern Abend 7 Uhr geschlossen worden. Die Rechte hat sich vergebens bemüht, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und die Discussion auf den heutigen Tag hinüberzuspielen. Die Absicht, welche sie dabei verfolgte, ist klar, sie wollte der öffentlichen Meinung die Ueberzeugung einflößen, daß es sich hier um eine wichtige und bedenkliche Aenderung der Verfassung handle, die nicht ohne lange Debatten vor sich gehen könnte. Der Linken lag es umgekehrt daran, zu zeigen, daß von einer eigentlichen Verfassungsänderung gar nicht die Rede sei, daß man bloß aus der Constitution einen Artikel entfernen wolle, der darin gar nicht am Platze und der daher auch gar nicht ersetzt zu werden brauchte. Die Linke vermied also selbstverständlich jede Discussion und sie machte wenig Umstände mit den Rednern der Rechten, welche das Votum zu verzögern suchten. Ueber den ersten Theil der Sitzung und die Wahl der Commission ist an dieser Stelle bereits berichtet worden. Die Verhandlung wurde nach vier Uhr wieder aufgenommen und sie dauerte zunächst bis halb sechs. Während dieser Zeit hatte man nur mit den Beschwerden der Rechten zu thun. Droule erklärte auf der Tribüne, daß das Reglement verletzt worden sei, weil keine Discussion in den Bureau stattgefunden habe; aber namentlich Chesnelong warf in langer Rede der republikanischen Mehrheit vor, daß sie die Minderheit unterdrücke. Er sagte manches Nützliche über die schädlichen Folgen des Gewaltmißbrauchs, jedoch machte das wenig Eindruck, da es von einem Mitgliede der Mehrheit jener Nationalversammlung von 1871 kam, die so consequent die Minderheit zu unterdrücken pflegte. Pelletan erinnerte ihn dann auch daran, wie Chesnelong und seine Freunde bei der Wahl der Commission verfahren, als sie noch die Herren waren; er bewies übrigens, daß der Vorwurf einer Reglementverletzung im vorliegenden Falle ganz unbegründet sei. Diese Discussion war eine ziemlich unfreundliche, gereizte und verworrene, ohne jedoch eigentlich lärmend zu werden. Alsdann ging die Versammlung wieder für eine halbe Stunde auseinander, damit die Commission Zeit habe sich zu constituiren und ihren Bericht abzufassen. Die Commission war aber mit ihrer Berathung inzwischen schon beinahe fertig geworden. Sie hatte Gambetta zu ihrem Präsidenten und Jules Simon zu ihrem Berichterstatter gewählt. Um 6 Uhr nach Wiederannahme der Sitzung erschien Jules Simon auf der Tribüne, um die Annahme des Gesetzes Entwurfs zu empfehlen. Er sagte alles Nützliche in kurzen Worten; die Stunde sei gekommen für die Regierung wie für die Kammern, in die alte und nöthige Hauptstadt Frankreichs zurückzukehren. Kaum zwei Minuten blieb der Berichterstatter auf der Tribüne. Ihm folgte daselbst Buffet, welcher die Vertagung der Debatte auf heute verlangte, damit er mit Ruhe auseinanderlegen könne, welche Gefahren das Land bedrohen, wenn die Kammern nach Paris zurückkehren. Die Mehrheit protestirte heftig gegen die Vertagung. Der Präsident brachte dieselbe zur Abstimmung und sie wurde nicht angenommen. Nun verzichtete Buffet auf seine Rede. An seiner Stelle kam der Legitimist Lucien Brun und erklärte, daß die Rechte nicht für die Rückkehr nach Paris stimmen werde, weil sie nicht Frankreich in den Abgrund stürzen wolle. „Gott rette Frankreich!“ schloß der Redner, indem er die Augen zum Himmel richtete. Nach ihm kam der Bonapartist Robert Mitchell mit der Erklärung, daß Lucien Brun nicht für die ganze Rechte gesprochen habe. Er, R. Mitchell, und seine Freunde werden für die Rückkehr stimmen, denn nur der Aufenthalt in Paris könne eine schnellere und bessere Erledigung der Regierungsgeschäfte herbeiführen und der Regierung die Autorität geben, die ihr fehlt. Die Linke lächelte ein wenig über die wohlwollenden Absichten, welche der bonapartistische Redner für die Regierung kundgab. Ein anderer Bonapartist Erosche Foubert, l'ami du grand nombre, durch seine philanthropischen Gesinnungen bekannt, sprach alsdann mit größerer Aufrichtigkeit ohne Zweifel seine Freude über die Rückkehr nach Paris aus. Wie sollte er sich nicht freuen, sagte er, da er selber zuerst auf den Gedanken gekommen, die Kammern müßten nach Paris zurückkehren. Endlich ward der Versammlung noch die Genugthuung zu Theil, Paul de Cassagnac zu hören. Er derselbe das Wort ergriff, sagte der Präsident: „Ich empfehle der Versammlung tiefes Schweigen, damit kein Wort des Redners verloren gehe.“ (Heiterkeit.) Cassagnac erwiderte: „Ich danke dem Präsidenten für diese Empfehlung, welche beweist, daß er nur ein mäßiges Vertrauen in die Unparteilichkeit der Versammlung setzt.“ Dann sagte er, wenn er für die Rückkehr nach Paris stimme, so thue er das bloß in der Ueberzeugung, daß diese Maßregel die Republik zu Grunde richten werde. Damit würde sein lebhafter Wunsch erfüllt sein. Die Discussion war geschlossen und man stimmte ab: 549 Stimmen für und 262 gegen die Abschaffung des Artikels 9. Kurz nach 7 Uhr erklärte der Präsident Maréchal den Congress für aufgelöst. Versailles ist also nicht mehr die officielle Residenz der Kammern und es steht dem Senat wie der Deputirtenkammer frei, durch ein neues Gesetz ihre Uebersiedlung nach Paris zu bewerkstelligen. Sie werden sich ohne Zweifel hier niederlassen, sobald alle materiellen Einrichtungen für ihren Empfang getroffen, d. h. aller Wahrscheinlichkeit nach schon in der Herbstsession. Jedoch ist dem

Senat noch kein bestimmtes Gebäude als Residenz angewiesen und man schwankt immer noch zwischen dem Luxemburg und den Tuilerien. — Die große Revue der Pariser Armee ist nun definitiv auf den 13. Juli festgesetzt, und zwar soll sie im Boulogner Gehölze abgehalten werden. — Der Kriegsminister hat einen Bericht über die Ausübung der Militärjustiz im Jahre 1877 veröffentlicht lassen. Die Effectivstärke der Armee bestand in diesem Jahre aus 491,000 Mann. Es wurden 6381 Klagen gegen Militärs anhängig gemacht, von denen die commandirenden Generale 388 zurückwiesen. In 769 Fällen wurde die Untersuchung eingestellt. Es erschienen 5224 Angeklagte vor den Kriegsgerichten, wovon 4370 wirklich der Armee angehörten. Die andern 854 waren Araber, die nach der besonderen Gesetzgebung ihres Landes der Militärjustiz unterworfen sind. 838 wurden freigesprochen. Die Zahl der Verurtheilungen beträgt 4386, also von 129 Mann der Armee wurde im Durchschnitt immer einer verurtheilt. Von den Urtheilen lauteten 28 auf Todesstrafe (es wurde jedoch keines von ihnen ausgeführt), 95 auf Zwangsarbeit u. s. w. Im Jahre 1876 war von je 113 Mann immer einer verurtheilt worden.

### Telegraphische Depeschen.

Berlin, 22. Juni. Der Kaiser ist Abends 9 1/2 Uhr nach Ems abgereist. Zur Verabschiedung auf dem Bahnhof waren der Kronprinz, Prinz Georg, der Gouverneur, der Commandant und der Polizei-Präsident anwesend. Nachmittags 4 Uhr hatte der Kaiser eine längere Conferenz mit Bismarck.

Kiel, 21. Juni. Das Uebungsgehwader ist nach einer neuntägigen Uebung in der Nordsee heute Nachmittag in den Kieler Hafen zurückgekehrt.

Stuttgart, 21. Juni. Die Berufung des Landtages ist bis zum Schluß des Reichstages vertagt.

Stuttgart, 21. Juni. Der Fürst Alexander von Bulgarien trifft auf der Reise nach Rom heute Abend hier ein und wird sich morgen zum Besuch des Königs nach Friedrichshafen begeben.

Karlsruhe, 22. Juni. Fürst Alexander von Bulgarien ist zum Besuche des hiesigen Hofes heute hier eingetroffen und wird nach dem Diner im Residenzschloß seine Reise fortsetzen.

Wien, 22. Juni. Der kaiserliche Hof legt auf die Zeit vom 23. Juni bis 2. Juli für den Prinzen Louis Napoleon Trauer an.

Versailles, 21. Juni. Die Deputirtenkammer hat heute die Berathung des Ferry'schen Gesetzesentwurfes über den höheren Unterricht ohne bemerkenswerthen Zwischenfall fortgesetzt. Der größte Theil der bonapartistischen Deputirten wohnte der Sitzung nicht bei. — Der Gesetzesentwurf betreffend die Rückkehr der Kammern nach Paris ist in dem Senate wie in der Deputirtenkammer von der Regierung vorgelegt worden. Nach demselben würde die Zurückverlegung der Kammern nach Paris am 3. November erfolgen. Die Deputirtenkammer würde im Palais Bourbon und der Senat im Palais Luxemburg tagen. In jedem Falle würden die Bureaux der Kammern durch einen gemeinsamen Beschluß den Sitz der Kammern zeitweilig nach einem anderen Orte verlegen können. Als Sitz des Congresses soll Versailles beibehalten werden. Die Vorlage spricht den Präsidenten des Senates und der Deputirtenkammer die Befugniß zu, die Stärke und die Zusammensetzung der militärischen Macht zu bemessen, welche zum Schutze der Berathungen dienen soll. — Der russische Botschafter, Fürst Orloff, beabsichtigt, sich am nächsten Dienstag nach Baden-Baden zu begeben, um daselbst dem russischen Reichsfürst, Fürsten Gortschakoff, einen Besuch abzustatten. Fürst Orloff gedenkt vor seiner Abreise nach Rußland noch für einige Tage nach Paris zurückzukehren.

Paris, 21. Juni. Von Seiten der Bonapartisten wird hervorgehoben, daß ihre Partei als solche bestehen bleiben werde. Bezüglich des Nachfolgers in den Rechten des Prinzen Louis Napoleon ist noch nichts entschieden worden.

Paris, 22. Juni. Bei der heute stattgehabten Wahl eines Senators für Corsica hat keiner der aufgestellten Candidaten die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen erhalten, es ist vielmehr eine engere Wahl erforderlich zwischen dem ehemaligen Polizeipräsidenten unter dem Kaiserreich, Pietri, dem Republikaner Tommasi und dem der constitutionellen Partei angehörenden Herzog von Praslin.

Paris, 21. Juni. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Cairo vom heutigen Tage hat der Rhedive dem französischen und dem englischen Consul erklärt, daß er ihnen heute noch keine Antwort ertheilen könne, weil er vorher noch eine Antwort der Pforte erwarte.

London, 22. Juni. Gestern fand zu Greenwich das Jahresbanket des Cobden-Clubs statt. Lord Northbrook führte den Vorschlag. Die Zahl der Theilnehmer betrug etwa 200, fast sämmtliche Reden galten der Feier des Freihandels. Lord Northbrook sprach sich auf das Schürste gegen die Kriege in Afghanistan und im Caplande aus.

London, 21. Juni. Der königliche Hof legt anläßlich des Ablebens des Prinzen Louis Napoleon von morgen ab bis zum 2. Juli Trauer an.

Southampton, 21. Juni. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Braunschweig“ ist hier eingetroffen.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 22. Juni, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente 85, 60, 3% Rente 82, 60, Anleihe von 1872 116, 80, Renten 11, 92%, Spanien erster, de. inter., Egypten 248, 12, Cembins ottomans —, Zinsenlose —, Banque ottomane 513, 75, Italiener 81, 60, Cembins ägyptiens 352, 50, Lombarden —, Oester. Goldrente 67 1/2, Ungar. Goldrente 82, 92 1/2, 1877er Russen —, Franzosen —, Rubel. —  
Frankfurt a. M., 21. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 457, Pariser Wechsel 80, 95, Wiener Wechsel 175, 40, Böhmische Westbahn 165, Elisabethsbahn 157, Köln-Mindener-Bramen-Anleihe 129 1/2, Salizier 213, Franzosen 243 1/2, Lombarden 77, Nordwestb. 111, Silberrente 59 1/2, Papierrente 58 1/2, Oester. Goldrente 68 1/2, Ungar. Goldrente 81 1/2, Italiener 80 1/2, Russ. Bodencredit 77 1/2, Russen 1872 —, Neue russ. Anleihe 88 1/2, 1860er Loose 120 1/2, 1864er Loose 288, 20, Creditunion 227 1/2, Nationalbank 724, 00, Darmstädter Bank 128 1/2, Meiningen Bank 81 1/2, Hess. Ludwigsbahn 74 1/2, Ungarische Staatsloose 182, 20, do. Schatzanweisungen 102 1/2, do. Ostbahn-Obligationen II. 72 1/2, Central-Pacific 107 1/2, Reichsbank 155 1/2, Reichs-Anleihe 99 1/2, II. Orientanleihe 57 1/2. — Markt, geschäftslos.  
Nach Schluß der Börse: Creditunion 225 1/2, Franzosen 242 1/2, Lombarden —, Oester. Goldrente —, Ungar. Goldrente 81 1/2, Salizier 212, —, Orientanleihe 57 1/2, 1877er Russen 88 1/2, 1860er Loose —, —.  
\*) per memo resp. per ultimo.  
Hamburg, 21. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-B. 124, Silberrente 59 1/2, Oest. Goldrente 68 1/2, Ung. Goldrente 81 1/2, Creditunion 225 1/2, 1860er Loose 119 1/2, Franzosen 605, Lombarden 192, Ital. Rente 80, Neue Russen 88 1/2, Vereinsbank 121 1/2, Laura-Hütte 70 1/2, Norddeutsche 145 1/2, Commerzbank 107, Anglo-deutsche 35, Amerik. de 1885 95 1/2, Köln-Minden-St.-B. 133 1/2, Altona. Eisenb. do. 121 1/2, Berg-Markt. do. 83 1/2, Berl.-Hamb. do. 178, Altona-Kiel do. 123 1/2. Disconto 2% pCt. — Schluß matt.  
Hamburg, 21. Juni, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine ruhig. Roggen loco ruhig, auf Termine flau. Weizen per Juni-Juli 186 Br., 185 Gd., per September-October 188 Br., 187

Gd. — Roggen per Juni-Juli 117 Br., 116 Gd., per September-October 121 Br., 120 Gd. Hafer still. Gerste still. Rübsöl matt, loco 59, per October 58 1/2. Spiritus still, per Juni 36 1/2 Br., per Juli-August 36 1/2 Br., per August-September 37 1/2 Br., per September-October 38 1/2 Br. Raffee stetig, Umfag 3000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 7, 40 Br., 7, 20 Gd., per Juni 7, 20 Gd., per August-December 7, 25 Gd. — Weiter: Wolfig.

Wien, 22. Juni, Nachm. — Uhr — Min. [Privatverkehr.] Credit-Actien 257,60, Franzosen —, Galizier —, Anglo-Austrian —, Lombarden —, Papierrente 65,97 1/2, Oester. Goldrente —, Ungar. Goldrente 93,05, Marknoten —, Napoleons —, Ungar. Loose —, —, Fest.

Riverpool, 21. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Rubrubischer Umfag 7000 Ballen. Stetig. Tagesimport 16,000 B., davon 3000 B. amerikanische, 12,000 B. ostindische, 1000 B. ägyptische.

Riverpool, 21. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfag 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische 1/2 D. theurer. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 7 1/2, Juli-August-Lieferung 7 1/2 D.

Wien, 21. Juni, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco kein erhebliches Geschäft, Termine fest, per Frühjahr 9, 95 Gd., 10, 00 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 57 Gd., 5, 65 Br. — Mais per Juni-Juli 5, 12 Gd., 5, 15 Br. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 21. Juni, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend, per Juni 26, 75, per Juli 26, 75, per Juli-August 26, 80, per Sept.-Dec. 27, 00. Wehl behauptet, per Juni 58, 50, per Juli 59, 00, per Juli-August 59, 00, per September-December 59, 75. Rübsöl ruhig, per Juni 81, 00, per Juli 81, 25, per Juli-August 81, 50 per Sept.-December 82, 25. Spiritus matt, per Juni 54, 00, per September-December 54, 75. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 21. Juni, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Juni pr. 110 Kilogr. 48, 75, Nr. 7/9 pr. Juni pr. 100 Kilogr. 55, 00. Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Juni 57, 00, pr. Juli 57, 25, per Juli-August 57, 50, per September-December 57, 00.

Antwerpen, 21. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer weichend. Gerste ruhig.

London, 21. Juni. Havannazucker Nr. 12 21. Stetig.

Antwerpen, 21. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Typo weiß, loco 17 1/2 bez. u. Br., per Juli 17 1/2 Br., per Septbr. 18 Br., per Septbr.-December 18 1/2 bez. u. Br. — Behauptet.

Bremen, 21. Juni, Nachm. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6, 90, per Juli 6, 90, per August 7, 00, per September-December 7, 25.

Berlin, 21. Juni. Spiritus loco ohne Faß 52,7 M. bez., per Juni 52,2—52,6 M. bez., per Juni-Juli 52,2—52,6 M. bez., per Juli-August 52,2—52,6 M. bez., per August-September 52,9—53,3 M. bez., per Sept.-October 52,9—53,2 M. bez., per Oct.-Nov. 51,8 M. bez. Getündigt — Liter. Rindungsspreis — Markt.

Lübeck, 21. Juni. [Wollmarkt.] Lebhaftes Geschäft, fast Alles verkauft. Preise schließlich sehr gedrückt, Kluftwolle 3 bis 9 Mt. niedriger als im vorigen Jahre. Feine Wollen erzielten 160 bis 190, Mittelwollen 150 bis 170, Kluftwollen 110 bis 140 Markt.

\* [Vereinigter Oelfabriken Actiengesellschaft.] In der am 21. Juni stattgehabten Aufsichtsraths-Sitzung wurde nach vorgenommenen reichlichen Abrechnungen die Dividende pro 1878/79 auf 5 1/2 pCt. festgesetzt.

\* Breslau, 23. Juni, 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen matter, bei stärkerem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,30 bis 18,20—18,70 Markt, gelber 16,20—17,50 bis 18,00 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 11,10—12,10 bis 12,70 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 11,20 bis 13,00 Markt, weiße 13,20—13,80 Markt.

Hafer stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,80 bis 12,40 Markt.

Mais schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 9,30—9,80—10,30 Markt. Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis 14,80 Markt, Victoria 14,80—16,30—17,50 Markt.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Markt. Lupinen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,90—8,30 Markt, blaue 7,30—7,60—8,00 Markt.

Wicken schwacher Umfag, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Markt. Delsaaten ohne Umfag. Schlagslein sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf. Schlag-Weinsaat ... 26 25 24 50 23 50 Winterraps ... 25 — 24 50 23 50

Kaptsuchen in ruhiger Haltung, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,50 Markt, pr. Sept.-Oct. 6,30 Markt.

Leintuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,10—9,40 Markt, fremde 7,10—8 Markt.

Lyonssthee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Markt. Rehl schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—27,50 Markt, Roggen fein 19,50—20,50 Markt, Hausbuden 18,00—19,00 Markt, Roggen-Futtermehl 8,75—9,75 Markt, Weizenkleie 6,80—7,80 Markt.

Heu 3,20—3,60 Markt pr. 50 Kilogr. Roggenstroh 19,00—21,00 Markt pr. Schock à 600 Kilogr.

### Wasserstands-Telegramm.

Stein a. D., 21. Juni, 9 1/2 Uhr Vorm. Wasserstand 4,24 Meter.

T. [Die Davy'sche Sicherheitslampe.] Um in einem geschlossenen oder offenen Raume, wo sich leicht Kohlenwasserstoffgase zu bilden vermag, — wie in Steinöhlengruben — welches in der atmosphärischen Luft ausgedehnt, resp. mit dieser verbunden, eine Art Knallgas (schlagende Wetter) entwickelt — nicht Menschenleben zu gefährden, bedient man sich bei dem Versuch solcher verdächtiger Orte der von dem englischen Chemiker Davy erfundenen Sicherheitslampe. Diese so einfach konstruirte Lampe, die in der Neuzeit behufs besseren Leuchtens mit einem biden Glaszylinder versehen worden ist, besteht in einer gewöhnlichen Oel- oder selbst Petroleumlampe mit doppelter Luftzuge, die in der Höhe der Flamme mit einem gasartigen Drahtnetz von Eisendraht umgeben ist. Leicht entzündbare Stoffe, also nicht nur entwickeltes Knallgas, sondern auch Aether, Benzin- oder Spiritusdämpfe durchdringen diese negartige Umhüllung, brennen ruhig darin weiter, ohne zu explodiren und den anderen angesammelten Gasen die Entzündung mitzutheilen. Man hat also ruhig Zeit, sich aus dem gefährdeten Orte zu entfernen, von dem man später die angesammelten Gase forschaffen. Der Grund, warum ein Entzünden der Gase bei dieser Sicherheitslampe nicht erfolgen kann, ist folgender: Der Flamme resp. der ausstrahlenden Hitze derselben wird bei dem Durchgange durch das engmaschige Drahtnetz so viel Wärme entzogen, daß dieselbe oben bedeuten, abgelöscht herausstritt und sich unschädlich den übrigen Luftarten mittheilt, ohne zu zünden. Diese Lampen bilden bei permanenter Beleuchtung feuergefährlicher Räume, resp. wo leicht explosibare Stoffe ausdampfen werden, einen nie veragenden Schutz und sollten sowohl dort, als auch theilweise für die Feuerwehr obligatorisch eingeführt werden.

### Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 21., 22.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme . . . . .	+ 21° 6	+ 17° 1	+ 14° 8
Luftdruck bei 0° . . . . .	331° 63	331° 63	331° 41
Dunstdruck . . . . .	4° 72	5° 31	5° 40
Dunstfättigung . . . . .	40 pCt.	64 pCt.	77 pCt.
Wind . . . . .	SW. 1.	SW. 1.	W. 0.
Wetter . . . . .	z. heiter.	trübe.	bed.
Wärme der Ober . . . . .			18° 6.

Juni 22., 23.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme . . . . .	+ 22° 7	+ 13° 9	+ 11° 9
Luftdruck bei 0° . . . . .	330° 22	331° 40	332° 32
Dunstdruck . . . . .	4° 90	5° 06	4° 49
Dunstfättigung . . . . .	39 pCt.	78 pCt.	81 pCt.
Wind . . . . .	S. 2.	SW. 3.	SW. 1.
Wetter . . . . .	wolfig.	bedeckt. Regen.	Nachts Regen.
Wärme der Ober . . . . .			7 Uhr: 18° 8.

Breslau, 23. Juni. [Wasserstand.] D.-B. 3 M. 23 Cm. U.-B. 1 M. 52 Cm.

[Militär-Wochenblatt.] Heesemann, Major z. D., zum Bezirks-Commandeur des 2. Bats. (Havelberg) Brandenburg. Landw.-Regts. Nr. 2 ernannt. Noorr, Major aggr. dem 3. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 50 unter commandirt zur Dienstleistung bei dem Nebenetat des großen Generalstabes unter Stellung à la suite des gedachten Regiments, in den Nebenetat des großen Generalstabes versetzt. Fürst zu Carolath-Beuthen, Prinz Christian Kraft zu Hohenlohe-Neuhagen, Erbprinz von Ratibor und Corbey, v. Grotho zu Stolberg-Kopla, Prinz Gustav zu Bentheim-Tecklenburg-Neuburg, Graf v. Bismarck-Schönhausen, Fürst Hermann v. Saxe, Brem.-Lieut. à la suite der Armee, der Charakter als Rittmeister verliehen. Butte Sec.-Lt. vom 4. Pof. Inf.-Regt. Nr. 59, unter Beförderung zum Pr.-Lt. in das 4. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 5 versetzt. v. Diezelsky, Oberstlieut. und etatsmäßiger Stabsadjutant vom Pof. Ul.-Regt. Nr. 10, mit der Führung des Pith. Ul.-Regts. Nr. 12, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. Krüger, Major und Escadr.-Chef vom Pof. Ul.-Regt. Nr. 10, zum etatsmäßigen Stabsadjutant ernannt. Febr. v. Minnigerode, Optm. vom großen Generalstabe, als Rittm. und Escadr.-Chef in das Pof. Ul.-Regt. Nr. 10 versetzt. Febr. v. Nichtenhof, Rittmstr. und Escadr.-Chef vom 1. Schles. Inf.-Regt. Nr. 4, als Adjut. zur 10. Div. commandirt. v. Wrochem, Rittm. von demselben Regt., zum Escadr.-Chef ernannt. v. Kemnitz, Sec.-Lt. von demselben Regt., zum Pr.-Lt. befördert. Mehler, Major vom Kolberg. Gren.-Regt. (2. Pomm.) Nr. 9, zum etatsmäßigen Stabsadjutant ernannt. v. Morstein, Major und Escadr.-Chef vom 2. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 16, als etatsmäß. Stabsadjutant in das Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 10 versetzt. v. Trübschler von Falkenstein, Port.-Fähnrich vom 4. Pof. Inf.-Regt. Nr. 59, zum Sec.-Lt. v. Guen, Grempler, Unteroffiziere von demselben Regt., v. Kobiledi, Gefr. vom 2. Pof. Inf.-Regt. Nr. 19, zu Port.-Fähnrich befördert. v. König, Major und Escadr.-Chef vom Ostpr. Ul.-Regt. Nr. 8, als etatsmäß. Stabsadjutant in das Westpr. Kür.-Regt. Nr. 5 versetzt. v. Schmiedeberg, v. Studnick, Graf v. Wengersky, Unteroffiziere vom Leib-Kür.-Regt. (Schles.) Nr. 1, zu Port.-Fähnrich befördert. Verlotzotti v. Bolenz, Major z. D., zum Bez.-Commandeur des 2. Bats. (Oppeln) 4. Oberschles. Landwehr-Regts. Nr. 63 ernannt. Franzli, Major vom Königs-Gren.-Regt. (2. Westpr.) Nr. 7, als Bats.-Commandeur in das 1. Pof. Inf.-Regt. Nr. 18 versetzt. v. Bongers Pr.-Lt. vom Königs-Gren.-Regt. (2. Westpr.) Nr. 7, zum Optm. u. Comp. Chef, v. Wrochem, Sec.-Lt. von demselben Regt., zum Pr.-Lt. befördert. Febr. Geyr v. Schneppenburg, Major und Escadr.-Chef vom Rhein.-Kür.-Regt. Nr. 8, zum etatsmäß. Stabsadjutant ernannt. Schmidt v. Osten, Oberstlieut. und etatsmäß. Stabsadjutant vom Leib-Kür.-Regt. (Schles.) Nr. 1, mit der Führung des 2. Hannov. Drag.-Regts. Nr. 16, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. v. Pieres und Willau, Major und etatsmäß. Stabsadjutant vom Schles. Ul.-Regt. Nr. 2, in gleicher Eigenschaft zum Leib-Kür.-Regt. (Schles.) Nr. 1, v. Werdell, Major vom großen Generalstabe, als etatsmäß. Stabsadjutant in das Schles. Ul.-Regt. Nr. 2 versetzt. v. Borembky, Major und Escadr.-Chef vom Urmärk. Ulanen-Regt. Nr. 16, dem Regt. aggregirt. Dieß, Oberjäger vom 2. Schles. Jäger-Bat. Nr. 6, zum Port.-Fähnrich befördert. Dr. Förster, Sec.-Lt. vom 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, commandirt zur Unteroffizier-Schule in Ettlingen, tritt mit dem 1. Juli d. J. zu der neu zu errichtenden Unteroffizier-Schule in Marienwerder als Adjutant über. Schwierz, Port.-Fähnrich vom Schles. Fuß-Art.-Regt. Nr. 6, zum außeretatsmäß. Sec.-Lt. befördert. Schulz, Oberstlt. vom Stabe des Ingenieur-Corps, commandirt zur Wahrnehmung der Geschäfte des Inspecteurs des 3. Fest-Inf.-, zum Inspecteur dieser Inspection ernannt. Voigtel, Sec.-Lt. von der 3. Ingenieur-Inf.-, zum Pr.-Lt. befördert. Reich, Sec.-Lt. vom Niederschl. Train-Bat. Nr. 3, unter Verletzung vom Bad. Train-Bat. Nr. 1 zum Pr.-Lt., Weber, Pr.-Lt. und 2. Depot-Offizier vom Niederschl. Train-Bat. Nr. 5, zum Optm. befördert. v. Müller, Major à la suite des Leib-Gren.-Regts. (1. Brandenburg.) Nr. 8 und Commandeur der Unteroffizier-Schule in Ettlingen, tritt mit dem 1. Juli d. J. als Commandeur zu der neu zu errichtenden Unteroffizier-Schule in Marienwerder über. v. Deulmayer, Major und Escadr.-Chef vom Magdeburg. Kür.-Regt. Nr. 7, ein Patent seiner Charge verliehen. Schridel, Major vom Gren.-Regt. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12, diesem Regt. aggregirt. v. Bennigse, Major vom 2. Bad. Gren.-Regt. Kaiser Wilhelm Nr. 110, als etatsmäß. Stabsadjutant in das Gren.-Regt. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12 versetzt. Steiglebner, Major aggr. dem 2. Bad. Gren.-Regt. Kaiser Wilhelm Nr. 110, in die älteste Hauptmannsstelle dieses Regts. einrangirt. Graf zu Dohna, Major aggr. dem Garde-Jäger-Bat., ein Patent seiner Charge verliehen. Prinz Maximilian von Ratibor und Corbey, in der Armee und zwar als Sec.-Lieut. der Res. des 2. Garde-Drag.-Regts., unter Vorbehalt der Patentirung, angestellt. Witomski, Rieefeldm. vom 1. Bad. (Landberg) 5. Brandenburg. Landw.-Regts. Nr. 48, zum Sec.-Lieut. d. Res. des 3. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 62, Rieefeldm. vom 1. Bad. (Lanban) 2. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 47, zum Sec.-Lieut. der Res. des 2. Posen. Inf.-Regts. Nr. 19, Priitwitz, Prem.-Lieut. von der Res. des 2. Schles. Fuß-Regts. Nr. 6, zum Rittm., Schulz, Sec.-Lieut. von dem Landw.-Inf. des 2. Bats. (Oels) 3. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 5, Witzel, Walter, Sec.-Lieut. von der Landw.-Inf. des 2. Bats. (Beuthen) 2. Oberschles. Landw.-Regts. Nr. 23, zu Pr.-Lieut. befördert. Heesemann, Major à la suite des Kolberg. Gren.-Regts. (2. Pomm.) Nr. 9 und von Nebenetat des großen Generalstabes, mit Pens. zur Disp. gestellt. Riedolphi, Oberst und Comm. des Pith. Ulanen-Regts. Nr. 12, mit Pens. von der Regts.-Uniform, v. Kleist, Oberstlieut. vom Kolberg. Grenadier-Regiment (2. Pomm.) Nr. 9, als Oberst mit Pension und der Regiments-Uniform der Abschied bewilligt. v. Dunter, Major und etatsmäß. Stabsadjutant vom Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 10, mit Pension und der Regts.-Uniform, v. Carlshausen, Major und etatsmäß. Stabsadjutant vom Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, als Oberstlieut. mit Pension und der Regts.-Uniform der Abschied bewilligt. Mader, Port.-Fähnrich vom 3. Posen. Inf.-Regts. Nr. 58, zur Res. entlassen. Kosack, Major z. D., von der Stellung als Bez.-Comm. des 2. Bats. (Oppeln) 4. Oberschl. L.-R. Nr. 63 entbunden. v. Kieres und Willau, Oberst z. D., zuletzt Bez.-Commandeur des 2. Bat. (Ratibor) 1. Oberschles. Landw.-Regts. Nr. 22, in die Kategorie der mit Pension verabschiedeten Officiere zurückversetzt. Peterknecht, Sec.-Lieut. vom 3. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 62, ausgeschieden und zu den Res.-Officiere des Regts. übergetreten. Babel, Port.-Fähnrich vom 4. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 51, zur Res. entlassen. Verlotzotti v. Bolenz, Major vom Pof. Inf.-Regt. Nr. 18, mit Pens. z. Disp. gestellt. Febr. v. Nofenberger, Major und etatsmäß. Stabsadjutant vom Rhein.-Kür.-Regt. Nr. 8, mit Pension und der Unif. des Westfäl. Kür.-Regts. Nr. 4, der Abschied bewilligt. Kleiser-Kleisheim, Oberst und Commandeur des 2. Hannov. Drag.-Regts. Nr. 16, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension und der Regts.-Uniform zur Disp. gestellt. Holthoff, Major und Abth.-Commandant vom Hess. Feld-Art.-Regt. Nr. 11, mit Pens. und der Unif. des 1. Rhein.-Feld-Art.-Regts. Nr. 8, Zimmermann, Major und Bats.-Command. vom Niederschl. Fuß-Art. Nr. 5, mit Pens. und seiner bisher. Unif. der Abschied bewilligt.

docteur: Dr. Stein.  
ap. (W. Friedrich) in Breslau.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.  
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.